

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdwnomos.de

Paritätischer kritisiert mangelnde Fortbildung für Arbeitslose

Im Herbst 2017 erhielten fünf Prozent aller Arbeitslosen eine berufliche Weiterbildung und zwei Prozent eine Weiterbildung mit Berufsabschluss. Dies besagt eine Studie der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbands. Außerdem sei die Förderung unterschiedlich verteilt: neun Prozent derjenigen, die Arbeitslosengeld bekommen, seien gefördert worden, hingegen hätten Hartz IV-Empfänger nur in gut drei Prozent eine Förderung erhalten. Die Agenturen für Arbeit und Jobcenter setzten lieber auf schnelle Vermittlung, kritisiert Werner Hesse, Geschäftsführer im Paritätischen Gesamtverband. Als Folge würden zu viele Menschen in Arbeitslosigkeit zurückgelassen. Daher fordert Hesse einen deutlichen Ausbau der Arbeitslosenförderung. Dafür brauche es eine verlässliche Lebensunterhaltssicherung während längerer Qualifizierungszeiten, neue Förderschwerpunkte der Arbeitsverwaltung bei der Qualifizierung und besser passende Bildungsmaßnahmen, so der Geschäftsführer des Paritätischen.

www.der-paritaetische.de/fachinfos/kaum-bildungsaufstieg-arbeitslosigkeit-8211-expertise-der-paritaetischen-forschungsstelle-zur/

Pflegekräfte müssen besser bezahlt werden

Die Brutto-Stundenlöhne von examinierten Fachkräften in der Alten- und Krankenpflege sind niedriger als der Mittelwert für alle Beschäftigten in Deutschland. In der Altenpflege liegt der Mittelwert pro Stunde bei 14,24 €, in der Krankenpflege bei 16,23 € und bei Erziehern bei 15,91 €. Der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn liegt mit 16,97 € deutlich höher. Dies zeigt eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Helferinnen und Helfer in der Kranken- und der Altenpflege verdienen mit 11,09 bzw. 11,49 € brutto pro Stunde noch deutlich weniger. Neben dem niedrigen Einkommen sind weitere Hürden die körperliche und seeli-

sche Überlastung als Folge schlechter Personalausstattung, ungünstige Arbeitszeiten und ein unübersichtliches Ausbildungssystem in diesen Berufen, das berufliche Mobilität und Entwicklung im Lebensverlauf erschwert. Die Böckler-Expertinnen Christina Schildmann und Dr. Dorothea Voss sind sich sicher, dass es sich eine moderne, individualisierte, zudem alternde Gesellschaft wie die deutsche nicht länger leisten könne, bei der Versorgung mit Pflege- oder Erziehungsleistungen implizit immer noch auf ein »familienbasiertes« System zu setzen, bei dem ein großer Teil der Arbeit von Angehörigen oder Freunden kostenlos übernommen werde. Deutschland sei wegen des demografischen Wandels auf eine steigende Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen angewiesen, so die Wissenschaftlerinnen. Sie plädieren daher für eine umfassende »Aufwertung sozialer Dienstleistungen«, die Sozialberufe attraktiver mache. In ihrer Untersuchung zeigen Schildmann und Voss über umfangreiche Daten auf, wie man den Ist-Zustand im Sozialbereich verbessern könnte – und wo momentan die Stolpersteine liegen. https://www.boeckler.de/14_114180.htm

Mehr Sozialwohnungen als im Vorjahr

2017 sind in Deutschland rund sieben Prozent mehr Sozialwohnungen gebaut worden als im Vorjahr. Laut einem Bericht der Bundesregierung sei dadurch durch die gegenüber dem Vorjahr um fast doppelt so hohen Kompensationsmitteln des Bundes keine entsprechende Steigerung der Förderung des Sozialwohnungsneubaus erzielt werden können. Die Mittel, die die Länder für den Wegfall der sozialen Wohnraumförderung erhalten, waren vom Bund auf mehr als 1,5 Milliarden Euro erhöht worden. Laut Bundesregierung seien pro 100 Millionen Euro Bundesmittel 1.728 Sozialmietwohnungen entstanden, im Jahr zuvor seien es 2.411 gewesen. Insgesamt wurden 57.550 Wohnungen gefördert, ein Minus von sechs Prozent zum Vorjahr.

Die Länder hatten freiwillig zugesagt, die erhöhten Mittel für den geförderten Wohnungsbau auszugeben. Laut Bericht wurden 2017 dennoch 120,1 Millionen Euro für »investive Zwecke außerhalb der Wohnraumförderung« eingesetzt, was einem Anteil von acht Prozent entspricht und etwa doppelt so viel ist wie im Vorjahr. <https://www.bundestag.de>

Schüler in NRW bekommen mehr Mitsprache bei Lehrereinstellung

In NRW können haben Schüler und Schülerinnen ab 16 Jahren ab dem kommenden Schuljahr ein Mitspracherecht bei der Einstellung neuer Lehrer. Bisher konnte die Schulkonferenz nur volljährige Schülerinnen und Schüler in die Auswahlkommission der Schule entsenden. Jetzt orientiert sich die Altersgrenze an der für Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen.

Grundsätzlich entscheidet die Auswahlkommission über die Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern. Ein Stimmrecht haben der Schulleiter, eine von der Lehrerkonferenz gewählte Lehrkraft, die Gleichstellungsbeauftragte sowie ein von der Schulkonferenz aus ihrer Mitte gewähltes Mitglied. Außerdem hat ein beratendes Mitglied der jeweiligen Personalvertretung sowie bei Bedarf die zuständige Schwerbehindertenvertretung eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Schulleitung. <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/demokratie-der-schule>

Anerkennungen von Asylberechtigten 2017

343 Menschen aus Syrien sind im ersten Halbjahr 2017 in Deutschland als asylberechtigt anerkannt worden. 22.109 Menschen aus Syrien erhielten Flüchtlingschutz und 40.17 subsidiären Schutz. Ein Abschiebungsverbot wurde in 293 Fällen festgestellt, wie aus einem Bericht der Bundesregierung hervorgeht. Im selben Zeitraum wurden laut Bericht 202 Personen aus dem Irak als asylberechtigt

Termine



Kompaktseminar »Fördermittel für gemeinnützige Organisationen.« 11. Oktober in Berlin.
<http://www.foerder-lotse.de>

5. Berufskongress für Soziale Arbeit des DBSH 18. bis 20. Oktober 2018 in Berlin- Spandau.
<https://www.berufskongress-soziale-arbeit.de>

25. IAVE Welt-Freiwilligenkonferenz »Unsere Verantwortung für die Zukunft weltweit« 16. bis 20. Oktober 2018 in Augsburg. <http://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/nachhaltigkeit-engagement-integration/weltfreiwilligenkonferenz-2018/>

17. Europäischer Gesundheitskongress München 25. bis 26. Oktober 2018 in München.
<https://www.gesundheitskongress.de>

Gewalt und Zwang im institutionellen Kontext 25. bis 26.10.2018 in Wiesba-

den. <http://www.krimz.de/tagungen/fachtagung-2018/>

20. ConSozial – Messe für den deutschen Sozialmarkt 07. bis 08. November 2018 in Nürnberg.
<http://consozial.de/>

DVfR Kongress 2018: Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben – Herausforderung für Menschen, Systeme und Gesellschaft 06. bis 07.11.2018 in Berlin. <https://www.dvfr.de/>

Paritätischer Pflegekongress: Recht auf gute Pflege! Wege aus der Dauerkrise 14. bis 15.11. in Berlin. <https://www.der-paritaetische.de/service-navigation/suche/suchergebnis/save-the-date-paritaetischer-pflegekongress-14-und-15-november-2018-in-berlin/?cHash=4d4d9f48b77478e5c3af4c2df43587e2&L=0>

Fachliche und sozialpolitische Entwicklungen in der Schuldnerberatung – Forum Schuldnerberatung 2018 22.–23.11.2018 in Hannover. <https://www.deutscher-verein.de/de/veranstaltungen-2018-fachliche-und-sozialpolitische-entwicklungen-in-der-schuldnerberatung-forum-schuldnerberatung-2018-2910,1244,1000.html>

12. Jahrestagung für Kinderschutzfachkräfte 29.11.2018 in Dortmund. <https://www.isa-muenster.de/home/index.html>

»grundsätzlich in Frage«. Mehr als 12.000 Ehegatten im Jahr werde der Nachzug zu ihren Ehegatten in Deutschland verwehrt, weil sie den Deutsch-Test im Ausland nicht bestehen. Laut Bundesregierung haben 2016 an den »Start Deutsch 1-Prüfungen« im Rahmen des Ehegattennachzugs weltweit insgesamt 37.840 Menschen teilgenommen wovon 25.874 bestanden worden hätten. Damit liege die Bestehensquote bei 68 Prozent.
<http://www.bundestag.de>

Überprüfung der Umsetzung der Pflegereform

Die Bundesregierung prüft systematisch die Umsetzung der Pflegereform mit einer »umfassenden begleitenden wissenschaftlichen Evaluation«. Darin gehe es unter anderem um das Verfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit, gab die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bekannt.

Die Evaluation solle herausfinden, inwieweit die beabsichtigten Wirkungen insbesondere des zweiten und dritten Pflegegestärkungsgesetzes (PSG II/III) eingetreten seien. Dabei würden Vorbereitung und Umsetzung sowie die Ergebnisse aus dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff hinsichtlich der unterschiedlichen Personengruppen und Akteure untersucht. Außerdem wolle man laut Antwort der Bundesregierung auf diesem Wege »eventuelle Anpassungs- und Optimierungsmöglichkeiten während der Umsetzungsphase zu identifizieren«. Des Weiteren gehe es um die finanziellen Auswirkungen der beiden Gesetze auf andere Leistungsträger, wie die zuständigen Träger der Sozialhilfe.
<http://www.bundestag.de>

Schnelle Arzttermine für Kassenpatienten

Mit Hilfe des vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Entwurfes des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) sollen Kassenpatienten schneller Arzttermine bekommen und Versorgungsalternativen in strukturschwachen Gebieten geschaffen werden. Dies hat zur Folge, dass die Aufgaben der Terminservicestellen deutlich erweitert und niedergelassene Ärzte dazu verpflichtet werden, mehr Sprechstunden anzubieten. Außerdem müssen die Kassenärztlichen Vereinigungen künftig eigene Praxen in

anerkannt; 18.854 erhielten Flüchtlingschutz und 10.137 subsidiären Schutz; bei 1.093 wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt. Bei Menschen mit dem Herkunftsland Afghanistan wurden den Angaben zufolge in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 73 Anerkennungen als Asylberechtigte erteilt, während in 13.755 Fällen Flüchtlingsschutz und in 5.223 Fällen subsidiärer Schutz gewährt sowie bei 19.281 ein entsprechendes Abschiebungsverbot festgestellt wurde.
<https://www.bundestag.de>

Visaerteilungen für den Ehegattennachzug

2016 sind insgesamt 46.455 Visa unter den 20 wichtigsten zum Ehegatten-

nachzug erteilt worden. Darin sind seien auch Visa zum Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen enthalten, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Der Europäische Gerichtshof hatte 2015 entschieden, dass die im Jahr 2007 ins deutsche Aufenthaltsrecht eingeführte Regelung, die den Nachweis bestimmter Deutschkenntnisse bereits im Ausland als Bedingung des Ehegattennachzugs vorsieht, wegen einer fehlenden Härtefallregelung im Einzelfall gegen EU-Recht verstößt. Eine solche Härtefallregelung wurde Mitte 2015 im Aufenthaltsgesetz verankert.

Die Abgeordneten stellen die Verhältnismäßigkeit, Erforderlichkeit und Geeignetheit der deutschen Regelung

unterversorgten und von Unterversorgung bedrohten Gebieten eröffnen oder Versorgungsalternativen anbieten. Ferner wird der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung um wichtige Angebote erweitert und die Krankenkassen verpflichtet, für ihre Versicherten elektronische Gesundheitsakten bis spätestens 2021 anzulegen.

<https://www.krankenkassen-direkt.de/news/news.pl?id=901132>

Altersarmut in Nordrhein-Westfalen betrifft vor allem Frauen

In Nordrhein-Westfalen haben 267.000 Menschen im Jahr 2016 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen. Rund 146.000 davon waren im Rentenalter und etwa 89.000 Frauen. Dies teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, in der diese nach der Altersarmut in Nordrhein-Westfalen gefragt hatte. Insgesamt lag die Quote derjenigen, die im Rentenalter Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen 2015 bei 4,1 Prozent. Im Jahr 2004 lag die Quote bei 2,4 Prozent.

<https://www.bundestag.de>

Kommission für »Gleichwertige Lebensverhältnisse«

Die vom Bundeskabinett ins Leben gerufene Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« soll Vorschläge erarbeiten, wie Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen gerecht verteilt werden können. Den Vorsitz haben, Innenminister Horst Seehofer, Familienministerin Franziska Giffey und Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Gemeinsam mit allen Bundesressorts, den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden sollen Ungleichheiten und Probleme in den Regionen erkannt und gemeinsam angegangen werden. Aufgabe der Kommission soll sein, herauszufinden, wie die Situation in den Regionen Deutschlands – von Ost nach West, von Nord nach Süd – verbessert werden kann. Bundesfamilienministerin Giffey hob die Bedeutung von sozialen Berufen hervor: »Die sozialen Berufe müssen überall aufgewertet werden – von der Erzieherin bis zum Altenpfleger. Es braucht bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung, um dem

Fachkräftemangel landauf landab entgegenzuwirken. Das ehrenamtliche Engagement muss stärker unterstützt und gefördert werden, damit Menschen teilhaben und teilgeben können.«

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/gemeinsam-fuer-gleichwertige-lebensverhaeltnisse-in-ganz-deutschland/127204>

Inklusionspreis für Unternehmen 2019

Zum siebten Mal rufen die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Charta der Vielfalt und das UnternehmensForum rufen Unternehmen dazu auf, sich um den Inklusionspreis für die Wirtschaft zu bewerben. Damit wollen die Initiatoren zeigen, dass Inklusion von Menschen mit Behinderungen Mehrwert für Unternehmen schafft und gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben ein Gewinn für alle ist. Ab sofort können sich Unternehmen verschiedener Größe mit ihren Maßnahmen zur Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bewerben. Schirmherr Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales unterstützt den Inklusionspreis, weil er zeige, dass Menschen mit Behinderungen konkret zum Unternehmenserfolg beitragen können. Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels könne die deutsche Wirtschaft laut Heil nicht auf dieses Potenzial verzichten. Bis zum 31. Oktober 2018 können Unternehmen für den Preis vorgeschlagen werden oder sich selbst bewerben.

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2018/inklusionspreis-fuer-die-wirtschaft-2019.html>

Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose

Das Bundeskabinett hat den Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt beschlossen. Hauptpunkte sind zwei neue Förderinstrumente, die in das SGB II aufgenommen werden: Für Menschen, die mindestens sieben Jahre Arbeitslosengeld bezogen haben, wird ein neues Instrument »Teilhabe am Arbeitsmarkt« eingeführt. Sie bekommen unter anderem in den

ersten beiden Jahren einen Zuschuss von 100 Prozent zum Mindestlohn und in jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um 10 Prozentpunkte gekürzt. Die maximale Förderdauer beträgt fünf Jahre.

Ferner wird eine begleitende Betreuung gestellt, um die Beschäftigung zu festigen und zu stabilisieren. Gleichzeitig soll das Gesetz dabei helfen, Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern.

Leistungsberechtigte, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind, werden durch einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt für 24 Monate unterstützt. Außerdem besteht eine Nachbeschäftigungspflicht des Arbeitgebers von sechs Monaten nach dem Ende der Förderung. Auch hier soll es zusätzlich zum Lohnkostenzuschuss eine beschäftigungsbegleitende Betreuung geben.

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/teilhabechancengesetz.html>

Caritasverband und andere gegen Diffamierung unbegleiteter Minderjähriger

Die Caritas und der Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, terres des hommes und mehr als fünfzig weiteren Organisationen und Verbände fordern ein Ende der Diskreditierung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind Kinder und haben Anspruch auf besonderen Schutz. Sie müssen sich ohne familiäre Unterstützung in einem fremden Land zurechtfinden. Deutschland hat sich daher auch im Rahmen der UN-Kinderrechtskonvention dazu verpflichtet, das Kindeswohl bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen.“, mahnte Caritas-Präsident Prälat Dr. Peter Neher. Die Qualität der Kinder- und Jugendhilfe bei Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Minderjährigen drohen jedoch durch einen unsachlichen politischen Diskurs untergraben zu werden. Er sehe die gegenwärtigen Bestrebungen, unbegleitete Minderjährige künftig in isolierten Anker-Zentren unterzubringen und damit die gut bewährte Praxis zu verlassen, mit großer Sorge, so der Caritas-Präsident.

<https://www.meine-caritas.de/archive.aspx?m=fc1ce4d0-632a-4e84-9a47-3024eba713db&v=e&r=3a63fe73-2183-484d-9d98-52b36f63dee0>

Kennzahlen

7,8 Millionen

Soviele schwerbehinderte Menschen lebten zum Jahresende 2017 in Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt, waren das rund 151.000 oder 2,0 % mehr als am Jahresende 2015.

(https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/06/PD18_228_227.html)

895.000

Zahl der Menschen, die im Jahr 2016 in Deutschland Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem 6. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhielten. Damit stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger gegenüber dem Vorjahr um 1,3 %.

(https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/11/PD17_415_221.html)

59%

Zahl der männlichen Leistungsbezieher von Eingliederungshilfe nach SGB XII im Jahr 2016. 41 % waren Frauen. Die Männer waren im Durchschnitt mit 33 Jahren jünger als die Empfängerinnen mit 36 Jahren.

(https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/11/PD17_415_221.html)

49%

Die Zahl der Menschen mit Beeinträchtigungen, die im Jahr 2013 waren im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren erwerbstätig waren.

(https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a125-16-teilhabebericht.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

1,6 Millionen

Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund die im Jahr 2013 eine Beeinträchtigung hatten.

(https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a125-16-teilhabebericht.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

400

Zahl der neuen Ausbildungsverträge die 2017 in Baden-Württemberg für Behinderten-Ausbildungsberufe geschlossen wurden.

(<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75827/umfrage/anzahl-der-azubi-neuvertraege-fuer-behinderten-ausbildungsberufe/>)

177

Gesamtzahl der Dopingkontrollen im Behindertensport, die in Deutschland im Jahr 2017 durchgeführt wurden.

(<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241001/umfrage/dopingkontrollen-in-deutschland-im-behindertensport/>)